



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

Sonderdienst  
=====

Hannover, 21. Dezember 1948

Deutsche Wirtschaft 1948  
=====

Von Herbert Kriedemann, Frankfurt

Betrachtet man am Ende dieses Jahres, das durch die Währungsreform gekennzeichnet ist, die wirtschaftliche Entwicklung, dann stößt man auf einen merkwürdigen Widerspruch. Unverkennbar ist auf der einen Seite die Aufwärtsentwicklung, in Produktionszahlen ausgedrückt. Unverkennbar ist aber auf der anderen Seite, dass die arbeitenden Menschen, deren Leistungen die Produktionssteigerung schliesslich zu verdanken ist, in ihrer persönlichen wirtschaftlichen Entwicklung mit den stolzen Zahlen des Prof. Erhard nicht Schritt halten konnten. Der Anfang des Jahres 1948 führte die Hortung auf den Höhepunkt. Diese Entwicklung hat einen Mangel an nationaler Solidarität und an menschlichen Qualitäten in Erscheinung treten lassen, die in krassen Gegensatz zu der ungeheuerlichen Not standen, gegen die Millionen Deutscher nur mühsam ihr Leben verteidigen konnten. Diese Periode unserer Nachkriegsgeschichte ist ein würdiges Nachspiel der vorausgegangenen zwölf Jahre gewesen. Es war die gleiche Gesinnungslosigkeit, die früher den Grundsatz aufstellte "Recht ist, was dem deutschen Volke dient" und die später sagte, dass man niemandem zumuten könne, gute Ware für schlechtes Geld zu verkaufen; zur gleichen Zeit aber mussten Millionen arbeitender Menschen für dieses schlechte Geld ihre Arbeitskraft zu Markte tragen.

Dann kam die Währungsreform. Die Hoffnungen, die an die Währungsreform geknüpft wurden, erwiesen sich schnell als trügerisch, denn die Kreise, die am Hortungsgeschäft dick und fett geworden waren, hatten bereits dafür vorgesorgt, dass sie auch in der neuen Ära auf ihre Kosten kamen. Zu diesem Zweck wurde die "freie Wirtschaft" erfunden. Trotz des nach wie vor bestehenden Mangels an allen lebenswichtigen Gebrauchsgütern und den zu ihrer Herstellung erforderlichen Rohstoffen wurde auf alle Massnahmen zu einer sinnvollen Verwendung dieser Materialien und zu einer gerechten Verteilung der Waren verzichtet. "Geld ist der einzige Bezugsschein", war die neue Parole. Die Leute, die den weisen Ratschlägen Prof. Erhards gefolgt und mit einem "Warenpolster" in die Währungsreform hineingegangen waren, hatten nun gutes Geld genug und damit nach dem oben erwähnten Grundsatz auch das Recht zum Bezuge der Dinge, die sie sich wünschten. Um die "Anspruchsberechtigten" im Sinne von Herrn Erhard von dem grossen Pöbelhaufen der Habenichtse - also

derjenigen, die nur ihre bisherige Arbeitskraft und keine Hortungslager einzusetzen haben - unterscheiden zu können, wurden die Preiskontrollen aufgehoben. Steil ging die Preiskurve nach oben. Die Kavaliere zahlten - und schwiegen. Nur ihr Wirtschafts-metador redete. Er pries die freie Wirtschaft, jonglierte mit Zahlen (wobei er natürlich einige verschwieg, z.B. die Produktion, die es auch schon vor der Währungsreform gegeben hatte, die aber nicht in die Statistik, sondern in die Hortungslager ging.)

Die breiten Massen waren zunächst geblendet von der Pracht und der Fülle der guten Dinge, die plötzlich wieder auf dem Markt erschienen. Dank der einzigen sozialen Massnahme der Währungsreform, der Kopfquote in ausreichender Höhe, konnten sie in den ersten Tagen danach ein Bruchteil von dem kaufen, was sie jahrelang entbehrt hatten. Aber schnell wurden sie durch die Preis-willkür und durch das Fehlen jeglicher Produktionslenkung in Richtung auf lebenswichtige Güter vom Markt vertrieben. Als sie begriffen, in welchem hoffnungslosem Missverhältnis ihre Löhne und Gehälter zu den immer weiter steigenden Preisen standen, verflo-gen die Illusionen sehr schnell. Als sie dann anfangen, ihren Un-willen laut zu äussern, und die Gefahr entstand, dass die freie Wirtschaft sehr schnell am Widerstand der Menschen scheitern wür-de, die nun endlich auch einmal zu ihrem Recht - begründet in der ehrlichen Arbeit - kommen wollten, ging Herr Erhard ans Radio und protestierte." gegen das Gekeife der Kollektivistischen aller Sorten."

Zweimal haben die Sozialdemokraten im Wirtschaftsrat die CDU und die mit ihr verbündeten Parteien, die bekanntlich gemein-sam Erhard auf den Platz gebracht haben, von dem aus er das ganze Unheil anrichten konnte, gefragt, ob sie auch angesichts der immer bedrohlicher werdenden Entwicklung und vor allem angesichts der Gefährdung der Ernährung durch die "freie" Wirtschaft auch weiter-hin die politische Verantwortung übernehmen wollten. In namentli-cher Abstimmung hat sich die Rechte des Wirtschaftsrates zu dieser Politik der antisozialen Wirtschaft bekannt.

Was ist nun das Resultat dieses Jahres, in dem ein neues Gold geschaffen wurde, in dem die Handelsbeziehungen mit der Welt wieder auflebten, beachtliche Mengen an Rohstoffen und noch beacht-lichere Mengen an Nahrungsmitteln hereinkamen, eine ausgezeichnete Ernte eingebracht wurde? Für den, der die Wirtschaft nicht nach Zahlen misst, sondern nach dem, was sie für die grosse Masse der Menschen leistet, ist das Resultat enttäuschend. Die an Hochstape-lei grenzende Wirtschaftsgesinnung hat alles das verschwendet, was die Währungsreform hätte erbringen können. Planmässig auf den vor-dringlichsten Bedarf konzentriert, hätten die Rohstoffe zwar nicht restlos, den angestauten Bedarf befriedigen, aber doch einen ermuti-genden Anfang einleiten können. Statt dessen stehen wir heute trotz der guten Ernte und der erhöhten Einfuhren vor der ersten Senkung der Brottration, noch ehe das Erntejahr zur Hälfte vorüber ist. Zu den vielen alten Sorgen der Hausfrau tritt wieder eine, die wir endgültig überwunden wähten, die Sorge um das tägliche Stück Brot. Dass es wieder Starkbier und für besonders zahlungskräftige Leute Schweinefleisch und Gänsebraten gibt, ist sicher kein ausreichender

Trost. In der Wirtschaft machen sich Hortung und Kompensation wieder in zunehmendem Masse bemerkbar. Wo gegen den Preiswucher vorgegangen wird, verschwinden die Waren. Die in der Preissteigerung ausgedrückte Geldentwertung, unter der die Lohn- und Gehaltsempfänger immer zuerst und am meisten leiden, vermindert die Arbeitsleistung und der arbeitende Mensch, der sich um eine neue Hoffnung schamlos betrogen sieht, wagt nicht, über den Tag hinaus zu denken und an seiner Zukunft zu bauen. Er muss schon froh sein, wenn er mit der täglichen Last fertig wird. In der Tat, ein Ergebnis, das dem des Dritten Reiches gleichkommt. Nicht zufällig wird diese Wirtschaftsgesinnung von den Kräften praktiziert, die am Dritten Reich und seinem Kriege ebenso verdient haben, wie sie heute am Elend ihres eigenen Volkes verdienen.

Jedoch der Lebenswille und das Pflichtbewusstsein der arbeitenden Menschen kann und wird im Kampf um einen neuen Sinn des Lebens in Deutschland nicht unterliegen. Die Lehren, die vom Wirtschaftsrat aus den Deutschen erteilt worden sind, sind zweifels hart - aber nicht vergeblich. Es hat nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches keine Revolution gegeben, und mancher, der dann aufgehängt worden wäre, schreibt heute Bücher, macht Geschäfte oder Politik - was für diese Leute übrigens dasselbe ist. Im nächsten Frühjahr wird es wenigstens in dem Teil Deutschlands, in dem das auf eine demokratische Weise möglich ist, direkte Wahlen geben. Dann werden zum ersten Mal die Betrogenen, Verführten und Verratenen Gelegenheit haben, aus all den bitteren Erfahrungen die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Für alle, die sich entschliessen, die Wirtschaft zu den zu machen, was sie nur sein kann: ein Mittel, dem Menschen zu dienen, ist die Sozialdemokratische Partei heute schon Sprecherin, wenn sie gegenüber der Frankfurter Mehrheit eine Wirtschaftspolitik ablehnt, die in der Wirtschaft das Mittel für die Wenigen sieht, sich der vielen Menschen zu bedienen. Die sozialdemokratische Forderung nach einer planvollen Wirtschaft mit dem Ziel, die vernünftigen Bedürfnisse der Menschen zu decken und dabei die lebenswichtigen zuerst und nach dem Grade des Bedürfnisses und nicht nach der Stärke der Ellenbogen, wird in den bevorstehenden Wahlen die Parole sein. Das Bekenntnis dazu ist zugleich die deutsche Legitimation gegenüber allen Kräften der Welt, die sich anschicken, eine neue Ordnung zu schaffen, in der die Arbeit sinnvoll ist und die produktive Leistung allein zu Ansprüchen berechtigt. (fs/2012/2/he)

#### Flüchtlings - Bilanz 1948

-----  
 Von einem Ostvertriebenen

Die Flüchtlingsbilanz des Jahres 1948 ist bei objektiver Prüfung leicht auf einen Nenner zu bringen: die juristische und menschliche Situation hat sich zweifellos gebessert, die materielle kaum. Konnte es noch 1947 geschehen, dass ein Flüchtlingskommissar bei einer Rundreise zu seinem Entsetzen in einer Gemeinde ein vom Bürgermeister geduldetes Plakat mit der liebevollen Inschrift entdeckte: "Hinweg mit den Flüchtlingen aus unserer Gemeindef! Gebt ihnen die Boitsche statt Unterkunft - dem Sudetengesindel", so dürfte etwas derartiges im Jahre 1948 - wenn

stens öffentlich - nicht mehr möglich gewesen sein. Freilich, willkommener sind die Neubürger, deren Gleichberechtigung auf Grund von Landesflüchtlingsgesetzen zum Teil nur auf dem Papier steht, nicht geworden, aber man hat sich mit ihnen abgefunden, wovon gleich aus verschiedenen Gegenden schon wieder Fälle berichtet werden, da sich Bauern mit Erfolg gegen die Aufnahme von Flüchtlingen gewehrt haben. Der Strom der Flüchtlinge fließt nicht mehr so breit wie in den vergangenen Jahren, aber noch immer ergießt sich ein ständiger Fluss aus der Ostzone nach dem Westen.

Die Bewegung der Flüchtlinge innerhalb der Zonen ist keineswegs zum Abschluss gekommen, sie wird sich sogar wieder verstärken, wenn der angestrebte Flüchtlingsausgleich innerhalb der Länder kommt, ferner wenn sich den Flüchtlingen die Möglichkeiten zur Gründung einer neuen Existenz bieten (denn von einer Existenz kann man bei ihrem augenblicklichen Status kaum reden). Das verlangt aber - und damit ist eine wichtige Forderung für 1949 umrissen - eine völlige Aufhebung der Zuzugsverbote, durch die Menschen an einen Platz gefesselt wurden, an den sie der Zufall geworfen hat, und die ihnen die selbstverständliche Freizügigkeit beim Beginn eines "neuen Lebens" verbauen.

Wenn es Flüchtlingen zum Teil gelang, schon jetzt festen Fuß zu fassen, so ist das weniger Verdienst der Behörden, die, besonders in den unteren Instanzen (Amt, Gemeinde), sich immer noch als retardierendes Moment erweisen, als der Zähigkeit der Ostvertriebenen selbst. Das Jahr 1948 wird in der Historie der Flüchtlinge als das Jahr der Währungsreform, des Lastenausgleiches, und der für die Bürokratie typischen Fälle Sendenhorst und Hörter weiterleben (wo Heimkehrer und Flüchtlinge den aussichtslos scheinenden Kampf mit den Behörden durch Selbstmord beendeten). Bei der Verkündung der Währungsreform hatten die Besatzungsmächte den westdeutschen Behörden die Auflage gemacht, bis Ende des Jahres den Lastenausgleich gesetzlich zu regeln. Was bisher davon übrig geblieben ist, kann jedes Flüchtlingskind aufzählen: eine magere Unterstützung für Alte und Erwerbsunfähige. Dabei gilt nach wie vor die Forderung, die in den sozialdemokratischen zehn Grundsätzen zum Lastenausgleich (vom Juli 1948) festgelegt worden sind, dass nämlich ausreichende Mittel zur Errichtung selbständiger wirtschaftlicher Existenzen - zusätzlich zu den anderen selbstverständlichen Aktionen - bereitgestellt werden müssten. Das wird mit dürftigen monatlichen Unterstützungen und ähnlichem Flickwerk nicht erreicht. Die entscheidende Forderung der Flüchtlinge für 1949 lautet: Schluss mit dem "Flüchtlingsgerede", das in dem fünften Stand nur eine bemitleidenswerte Klasse sieht. Es darf keinen fünften Stand mehr geben, es darf keine Mitleidsmoral geben, die der Todfeind des echten sozialen Gefühls ist. Der nach Westen verschlagene Mensch muss seinen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Wünschen entsprechend eine geeignete Grundlage für einen Neubeginn finden. Alles übrige ist sinnlos. Zu einer solchen Endlösung verhelfen ein Lastenausgleich, der sich nicht auf Almosen beschränkt, und eine energische Bodenreform. Mit dem Siedlungsprogramm allein

ist es nicht zu schaffen, darüber hinaus müssen durch Kultivierung von Ödland und durch Bebauung von ehemaligen Truppenübungs- und Flugplätzen mit Flüchtlingsdürfern weitere Neubürger geschaffen gemacht werden. Wenn man ausserdem noch in jeder Gemeinde an Stelle von Schweineställen in Jahre ein oder zwei Flüchtlingshäuser erbaut, wären wir ein gutes Stück vorwärts gekommen. Da aber - was allzuoft vergessen wird - die Mehrzahl der Flüchtlinge nicht aus landwirtschaftlichen Berufen stammt, muss ein entsprechendes Wohnungsbauprogramm neben den Bombengeschädigten (deren Anrecht kein Flüchtling verkennt) auch den städtischen und in die Stadt strebenden Flüchtlingen eine neue Heimat schaffen. Der Kauf von Möbeln und Hausrat - bei der augenblicklichen Preissituation aussichtslos - sollte ebenfalls ermöglicht werden.

Über all das hörte man im Jahre 1948 viel schöne Worte, aber die Taten (vielleicht auch die Möglichkeiten dazu) standen mit ihnen nicht in Einklang. Ein Bericht über das Flüchtlingsjahr 1948 wäre aber unvollständig, würde man nicht mit wenigen Zeilen auch die Hungerstreiks in den bayerischen Lagern und die missglückte Umsiedlung aus Schleswig-Holstein, die so viel böses Blut gemacht hat, erwähnen. Ferner muss der Chronist der vielfachen Versuche der Flüchtlinge, sich durch Gründung von Selbsthilfeorganisationen, durch Bin- und Verkaufsgenossenschaften dem Chaos der Preispolitik zu entziehen, gedenken. Die Experimente mit der Gründung eigener genossenschaftlicher Firmen sind durch die Währungsreform schwer in Mitleidenschaft gezogen worden.

Am Rende verzeichnet werden soll noch, dass die Jugend erfolgreich versucht, das Flüchtlingsproblem auf ihre Art zu lösen: es gibt Orte, in denen 15 bis 20 Prozent aller Ehen Verbindungen zwischen "Einheimischen" und "Flüchtlingen" waren, nicht immer zur Freude der eingesessenen Eltern.

Die Wünsche der Flüchtlinge für 1949 umfassen eigentlich nur einen Punkt: Man muss mit aller Energie Schluss mit der Politik der tropfenweisen Hilfe machen. Die ewigen Provisorien müssen durch Endlösungen ersetzt werden, denn kein vernünftiger Mensch glaubt, dass eine Heimkehr in absehbarer Zeit im Bereich der Möglichkeit liegt. Diese Endlösung einer weitsichtigen Flüchtlingspolitik muss vorsehen: einen wirklichen Lastenausgleich, eine grosszügige Siedlung, umfangreiche Wohnungneubauten und weitere Massnahmen, die der Existenzbildung dienen.

(b/2012/B14a/2/he)

Verantwortlich: Peter Raunau